

**RÜCKFRAGEN AN
„ISRAEL-PALÄSTINA. LEITGEDANKEN UND ERLÄUTERnde THESEn“
Ein Gesprächsimpuls aus den fünf Landeskirchen Baden, Hessen und Nassau, Pfalz,
Rheinland sowie Westfalen**

Eine Stellungnahme des Kairos Palästina-Solidaritätsnetzes in Deutschland



c/o Gisela Siebourg, Hektorstrasse 17, 10711 Berlin, gisela.siebourg@t-online.de

Der Text der Kirchen an Rhein und Ruhr¹ war zuvor als Entwurf an verschiedene Personen und Gruppen geschickt, die im Themenfeld Israel-Palästina arbeiten – so auch an das Kairos Palästina Solidaritätsnetz. Wir hatten unsere Rückfragen eingesandt. Nicht eine von ihnen wurde in der jetzigen Endfassung berücksichtigt. Wir senden sie deshalb jetzt noch einmal als Offenen Brief an alle leitenden Geistlichen und stellen sie so, angepasst an die Endfassung der Leitgedanken und Thesen, der Öffentlichkeit vor.

Wir anerkennen, dass die Kirchen am Rhein in den Leitgedanken und Thesen an einigen Stellen die Realität in Palästina-Israel deutlicher ansprechen als bisher. In These 2.2 heißt es z.B.: „Wir erkennen den Ruf der palästinensischen Christinnen und Christen gemeinsam mit dem ganzen palästinensischen Volk nach ungeschmälertem Lebensrecht und politischer Selbstbestimmung an. Aus einer jahrhundertealten Verbundenheit mit diesem Land heraus fordern sie ihr Recht auf ein Leben in staatlicher Eigenständigkeit.“ Wichtig ist auch die Feststellung in 3.1: „In der aufgeheizten gegenwärtigen Debatte bis hinein in unsere politischen Entscheidungsgremien ist auf eine Differenzierung zwischen Antisemitismus einerseits und kritischer Sicht auf die jeweilige Regierungspolitik des Staates Israel andererseits zu bestehen.“ Oder in 3.3: „Weder Zitate aus heiligen Schriften noch religiöse Traditionen können Entrechtung und Diskriminierung legitimieren oder geopolitische Machtansprüche auf Kosten von Recht und Gerechtigkeit begründen.“ Oder in 4.3: „Wir fordern die Beendigung des fortgesetzten Siedlungsbaus und konkrete Bemühungen um ein Ende der Besatzung.“

Hier nun der Text der Leitgedanken und Thesen, den wir abschnittsweise abdrucken und dann in kursiver Schrift kommentieren.

Vorbemerkung:

Aus theologisch-kirchlicher Perspektive über Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz von Israel und Palästina nachzudenken, ist für uns als Kirche bleibende Aufgabe und innerstes Anliegen zugleich. Jenseits festgefahrener Zuschreibungen und Positionierungen im gesellschaftlichen wie auch im kirchlichen Raum suchen wir eine so weit wie möglich konsentiertere Sprache im Diskurs über eines der schwierigsten Konfliktfelder, das Verhältnis zwischen Israel und Palästina sowie unser Verhältnis zu beiden. Die Erinnerung an die Schoah motiviert dabei unseren Einsatz für die Überwindung von Antisemitismus und theologischem Antijudaismus ebenso wie unser Eintreten für die universalen Menschenrechte. Im Vorblick auf die Weltversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe steht eine Wiederbeschäftigung mit der Israel-Palästina-Thematik zu erwarten. Die Gastgeberkirchen tun gut daran, ausgehend von den in langer Dialogarbeit gewonnenen Überzeugungen Anknüpfungspunkte für das Gespräch mit den Kirchen der Ökumene zu formulieren.

Vielfältige Motive drängen sich auf:

- Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern hat in den letzten Jahren an Schärfe nicht verloren. Auf der einen Seite begrenzen die israelische Siedlungspolitik und Checkpoints, der Verlauf der Trennmauer und die täglichen Belastungen der Besatzung das Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser. Auf der anderen Seite leben in Israel viele in der Sorge um die Fortexistenz ihres Staates inmitten einer feindlich gesinnten Umgebung; durch Raketenbeschuss und terroristische Anschläge sehen sie ihr Leben bedroht. Dialog und Austausch sind so gut wie zum Stillstand gekommen; stattdessen verhärten sich die politischen Fronten – auch innerhalb der israelischen Gesellschaft, wie die Konflikte zwischen arabischen und jüdischen Israelis im Frühsommer 2021 gezeigt haben.

Der erste Satz der Motive hieß im ursprünglichen Entwurf: „Israelische Siedlungspolitik und Checkpoints, der Verlauf der Trennmauer und die täglichen Belastungen der Besatzung schnüren das Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser bis ins Unerträgliche ein.“ Wenn die Leitgedanken und Thesen in der Endfassung die Realität nicht offen aussprechen wollen, sollten sie mindestens sagen: Auch viele, sich mit Israel besonders verbundene Beobachter bewerten die Praxis der Besatzung und

¹ Veröffentlicht u.a. unter <https://www.ekiba.de/media/download/integration/400975/gesprachsimpuls.pdf>.

insbesondere die Siedlungspolitik als Unterdrückung.

Die Formulierungen „auf der einen Seite – auf der anderen Seite“ zeigen, dass die Kirchen an Rhein und Ruhr in diesem Dokument durchgehend den Eindruck erwecken, es handele sich um einen „Konflikt“ zwischen gleichrangigen Partnern. Auf jeden Fall sind die Raketen der Hamas klar abzulehnen.² Die israelischen „Neuen Historiker“ haben dagegen seit Jahrzehnten nach Öffnung der Militärarchive dokumentiert, dass die zionistischen Kräfte seit vor der Ausrufung des Staates Israel mit überlegener militärischer Gewalt und unterstützt oder mindestens geduldet von den westlichen Mächten und damals auch der Sowjetunion die Palästinenser gewaltsam vertrieben haben und diese Vertreibung danach als Staat Israel fortsetzten.

Heute geschieht das mit verschiedenen Mitteln täglich. Israel enteignet unter völkerrechtswidriger Besatzung schrittweise Land, hält Menschen einschließlich Kinder willkürlich und z.T. unter Folter in Gefängnissen fest³, zerstört Häuser und begeht ungestraft andere Menschenrechtsverletzungen. Es besteht also eine extreme Asymmetrie der Macht.⁴ Die Kirchen folgen hier der zur Abwehr von Kritik entwickelten Überbetonung der These, Israels Existenz sei von außen gefährdet. In der Tat gibt es feindliche Mächte in der Region wie Iran. Aber Israel stellt die haushoch überragende militärische Regionalmacht dar, die als einzige in der Region über Atomwaffen verfügt und zudem von der Supermacht USA nicht nur allgemein unterstützt wird, sondern jährlich 3.8 Mrd. \$ Militärhilfe und geopolitische Flankendeckung erhält. Warum folgen die Kirchen nicht den jüdischen und israelischen Stimmen, die Israels Existenz dadurch gefährdet sehen, dass dieser Staat jüdische Werte verrät und auf Gewalt baut? Gewiss gab es in der Vergangenheit Versuche von Friedenspolitik wie die des früheren Ministerpräsidenten Rabin, aber seine Ermordung zeigt, wie stark die Gegenkräfte waren und noch immer sind.

- Hierzulande bildet sich das Konfliktfeld Nahost in einer Polarisierung der Gesprächssituationen ab. Diffamierungen, Zuschreibungen und Ausgrenzungen beherrschen das Bild, statt aufeinander zu hören und im Dialog Lösungsansätze und mögliche Kompromisse auszuloten.

Ist den Kirchen an Rhein und Ruhr bewusst, dass es sich hier nicht nur um eine „Abbildung“, sondern auch um eine von der israelischen Regierung gezielt herbeigeführte Vergiftung handelt? Seit 2009, nachdem die Initiative für Boykott, Disinvestment und Sanktionen (BDS) internationale Aufmerksamkeit erreichte, entwickelte Israel im Ministerium für strategische Angelegenheiten ein Propaganda Programm (hebr. Hasbara). Dieses hatte ein jährliches Budget von 100 Mill. Shekel und errichtete „Institute“ wie das Mena-Institut in Wien, warb Personen, besonders unter Studierenden an Universitäten, an, bezahlte JournalistInnen usw. Jetzt wurde es abgeschafft und man wird sehen, wie sich die Propaganda weiter entwickelt. Jedenfalls ist es wichtig, diesen Hintergrund für manche unnötige Polarisierung zu kennen.⁵

- 'Apartheid', 'ethnische Säuberung', 'Rassismus', 'Kolonialismus', 'Genozid' werden leicht zu Etikettierungen, die differenzierte Analytik ersetzen.

*Gerade diese Begriffe werden in vielen Büchern und Berichten mit „differenzierter Analytik“ bearbeitet. Ja, es handelt sich hier um **die** zentralen Begriffe und Sachverhalte, die in der gegenwärtigen internationalen Debatte im Vordergrund stehen, wie ein gerade erschienenes wissenschaftliches Werk ausdrücklich sagt: „Drei Begriffe sind es, die sowohl die aktuelle wissenschaftliche Diskussion als auch, zumindest punktuell, den politischen Diskurs um die nakba bestimmen: Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberungen und Apartheidsystem.“⁶*

***Apartheid:** Sind die UNO, international führende Völkerrechtler, Menschenrechtsinstitute und -organisationen für eine „differenzierte Analytik“ glaubwürdige Zeugen? Zählen B'tselem und Human*

2 Zur detaillierten Einordnung dieses Problems vgl. BAUMGARTEN, Helga: *Kein Frieden für Palästina. Der lange Krieg gegen Gaza. Besatzung und Widerstand.* Wien: Promedia, 2021.

3 Vgl. u.a. den Amnesty Bericht 2020/21: „Angehörige der israelischen Armee, der Polizei und des Geheimdienstes ISA folterten und misshandelten 2020 weiterhin palästinensische Gefangene, darunter auch Kinder, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Die Methoden umfassten Schläge, Ohrfeigen, schmerzhafte Fesselungen, Schlafentzug, Verharren in schmerzhaften Positionen und Drohungen, man werde Familienmitgliedern Gewalt antun. Als Strafmaßnahme kamen die Inhaftierten für lange Zeit in Einzelhaft, manchmal monatelang.“ (<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/israel-2020>).

4 In Anmerkung 6 nimmt die Endfassung Bezug auf die Frage der Asymmetrie, relativiert sie aber.

5 Hierüber gibt es verschiedene Berichte wie z.B. durch die angesehene englische Zeitung The Guardian: <https://www.theguardian.com/news/2018/aug/14/bds-boycott-divestment-sanctions-movement-transformed-israeli-palestinian-debate>.

6 BAUMGARTEN, Helga: a.a.O., 32.

Rights Watch dazu?⁷ Schon 2017 veröffentlichte die UNO-Westasienkommission den Bericht: *Israeli Practices towards the Palestinian People and the Question of Apartheid*.⁸ Dort wurde klargestellt, dass Apartheid nicht auf das eine Modell Südafrika beschränkt ist, sondern ein juristisch durch verschiedene Charakteristika gekennzeichnetes Phänomen, das ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Menschheit (crime against humanity) darstellt. Obwohl der Staat Israel 2017 noch nicht das Nationalstaatsgesetz von 2018 beschlossen hatte, bewies die UNO-Kommission schon damals den klaren Apartheidcharakter Israels. Um wie viel mehr trifft das jetzt zu. Das genannte Nationalstaatsgesetz verweigert eindeutig einer ethnischen Bevölkerungsgruppe, die 20 % der Einwohner umfasst, die gleichen Bürgerrechte und macht nur jüdische Einwohner zu gleichberechtigten Staatsbürgern. Die völkerrechtswidrigen Kolonien („Siedlungen“) im besetzten Westjordanland sind mit dem Staat Israel durch ein Straßennetz verbunden „for Israelis only“. Israelis haben das Recht auf ein ziviles Justizsystem, PalästinenserInnen sind Militärgerichten unterworfen usw. usw.

Ethnische Säuberung: Der Begriff wurde zum ersten Mal von den Neuen Historikern auf Israel angewandt. Sie arbeiteten die vor gut drei Jahrzehnten geöffneten Militärarchive auf, z.B. Ilan Pappé in seinem Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“.⁹ Dieses Verbrechen wurde ursprünglich unter dem zionistischen Begriff „Transfer“ bearbeitet.¹⁰ Es ist wichtig zu verstehen, dass die Realität der ethnischen Säuberung bis heute anhält. Die fortschreitende Enteignung palästinensischen Landes, der anhaltende Bau von Kolonien, Abriss von Häusern, Siedlerterror gegen die Palästinenser usw. sind alles Methoden, um das Land fortschreitend von seinen ursprünglichen arabischen EinwohnerInnen zu säubern.

Rassismus ist ein weiteres Wort, das die Kirchen vermieden wissen wollen. Dies sollte man tatsächlich tun, wenn der Begriff biologisch verstanden wird. Er wird aber auch in der Wissenschaft im Blick auf den Nahen Osten ethnisch verstanden. In diesem Sinn kann man auf das zu Apartheid Gesagte verweisen. Zusätzlich sei das Buch der israelischen Wissenschaftlerin Nurit Peled Elhanan „Palästina in israelischen Schulbüchern“ genannt, das aufzeigt, zu welchen ethnischen Vorurteilen israelische Kinder bereits in der Schule erzogen werden.¹¹

Kolonialismus ist das nächste Tabu. Auch hier ist die Wissenschaft eindeutig, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal im Blick auf die kolonialen Rahmenbedingungen der Gründung des Staates Israel und zum anderen im Blick auf den andauernden Siedlerkolonialismus. Spätestens seit der Balfour-Erklärung 1917 war die britische Kolonialherrschaft der Rahmen für die zionistischen Bemühungen einer Staatengründung.¹² Wer anders als die britische Mandatsmacht ließ zu, dass nach dem UNO-Beschluss zur Teilung Palästinas Nov. 1947 bis zur Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948 die zionistischen Militärverbände eine Viertelmillion Palästinenser aus Palästina vertrieben als ersten Akt der ethnischen Säuberung? Was bedeutet die völkerrechtswidrige Enteignung der Palästinenser und Ausweitung der Kolonien im Westjordanland seit 1967 anderes als klassischen Siedlerkolonialismus, wie er in unzähligen Untersuchungen auch über Nordamerika, Südafrika, Australien und Neuseeland klar definiert wurde?¹³

Schließlich **Genozid**. Hier ist die Mehrheit der WissenschaftlerInnen in der Tat der Überzeugung, dass dieser Begriff unangemessen ist.

Trotzdem macht die Ausklammerung der anderen als Etikettierungen abqualifizierten zentralen Sachverhalte den Eindruck, als fürchteten die Kirchen, die Realität auszusprechen und im Rahmen der

7 Z.B. <https://mailchi.mp/a19604d9765e/bip-aktuell-169-human-rights-watch-beschuldigt-israel-der-apartheid?e=ac01a21ac6>;

8 <https://web.archive.org/web/20170316054753/https://www.unescwa.org/sites/www.unescwa.org/files/publications/files/israeli-practices-palestinian-people-apartheid-occupation-english.pdf>.

9 Frankfurt a.M.: Westend, 3. Aufl. 2019.

10 Vgl. MASALHA, Nur: *The Expulsion of the Palestinians: The Concept of 'Transfer' in Zionist Political Thought, 1882-1948*. Washington, D.C.: Institute of Palestinian Studies, 1992.

11 Otterstadt: Stiftung Hirschler, 2020.

12 Neuere Forschungen zeigen sogar, dass seit Mitte des 19. Jh. christliche Zionisten aus England Juden zum Zionismus angestachelt und instrumentalisiert haben, um den Nahen Osten für das britische Imperium zu erschließen und zu verhindern, dass vor den Verfolgungen in Russland und Polen fliehende Juden in England Asyl suchen. Vgl. RAHEB, Mitri: *The Politics of Persecution: Middle Eastern Christians in an Age of Empire*. Waco, TX, USA: Baylor University Press, 2021, 57ff. mit weiterer Literatur.

13 Der Landraub ist übrigens oft mit Mord verbunden, wie z.B. am 5. Februar 2021, als Siedler einen unbewaffneten 34-jährigen palästinensischen Familienvater niederschossen, als er dagegen protestierte, dass sie sein Land beschlagnahmten, um darauf eine „wilde Siedlung“ zu errichten (junge Welt, 6./7.2.2021, 6). Es gibt unzählige weitere Beispiele.

Ökumene argumentativ zu bearbeiten.

- Ebenso suggeriert die Disqualifizierung legitimer Kritik an der Regierungspolitik in Israel als antisemitisch allzu schnell abschließende Urteile. Es bedarf dringend der Klärung der Sprache mittels einer so weit wie möglich differenzierten Wahrnehmung dessen, was geschieht.

Hier ist zu begrüßen, dass die Leitgedanken und Thesen wenigstens die inzwischen in Deutschland übliche Verdächtigung der Kritik israelischer Politik als „israelbezogener Antisemitismus“ nicht mitmachen wollen. Aber ist die Diskussion hierüber nicht schon weiter? Hätten die Kirchen nicht darauf hinweisen können, dass auch hier Studien nachgewiesen haben, dass die unter dem Druck Israels um diesen Begriff erweiterte Definition des Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), von der dieser Begriff stammt, eine der Hauptursachen für diesen Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs sind?¹⁴ Ebenso fehlt ein Hinweis auf die schon vor Monaten erschienene „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ von internationalen AntisemitismusforscherInnen, die als notwendige Korrektur oder besser noch als Ersatz für die IHRA-Definition zu interpretieren ist.¹⁵ Könnten hier die Kirchen vielleicht sogar die prophetische Aufgabe haben, die Bundesregierung aufzufordern, sich von der IHRA-Definition zu trennen und die JDA-Definition zu übernehmen, um die Vergiftung der Atmosphäre in der deutschen Öffentlichkeit durch den Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs zu beenden?

- Die Kontroverse um den Bundestagsbeschluss vom 17.05.2019 zum Zusammenhang zwischen BDS-Bewegung und Antisemitismus befeuert die polarisierte Debatte weiter.

Bedeutet diese Formulierung eine versteckte Kritik an dem Bundestagsbeschluss? Dann hätte dies deutlich ausgesprochen werden sollen. Immerhin hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die französische Regierung verurteilt, die ebenso das Grundrecht der freien Meinungsäußerung verletzt und BDS antisemitisch genannt und danach gehandelt hatte. Auch alle deutschen Gerichte haben Städte und Einrichtungen verurteilt, die auf der Basis des Bundestagsbeschlusses gehandelt und etwa Räumlichkeiten für Veranstaltungen zu BDS gekündigt hatten. Warum treten hier die Kirchen nicht deutlich für die Grundrechte ein wie die große Zahl deutscher Kulturinstitutionen in ihrer Initiative GG 5.3 Weltoffenheit?¹⁶

- Das seinerzeit mit hoher Aufmerksamkeit aufgenommene und kontrovers diskutierte Kairos-Palästina Dokument vom Dezember 2009 ruft nach 10 Jahren seit seinem Erscheinen nach einer Wiederbefassung mit der Thematik.

Diese Empfehlung ist sehr zu begrüßen. Warum aber haben die Kirchen am Rhein hier nicht ausdrücklich die Weiterführung des Kairos-Palästina Dokuments aufgenommen? Obwohl allen Kirchenleitungen am 27. Juni 2020 der „Schrei nach Hoffnung: Aufruf zu Entscheidung und Handeln“ von Kairos Palästina und Global Kairos for Justice persönlich im Rahmen von Mahnwachen übergeben wurde, wird dieses Dokument nicht einmal erwähnt.¹⁷ Es ist aber zu erwarten, dass es bei den Debatten der ÖRK Vollversammlung 2022 in Karlsruhe eine zentrale Rolle spielen wird. Denn es hat das Gespräch über dieses Thema auf eine neue theologische Ebene gehoben: Anknüpfend an Bonhoeffer wird aufgerufen anzuerkennen, dass die anhaltende Negation der Rechte einer Volksgruppe und die pseudotheologische Rechtfertigung dafür den Glauben, die Glaubwürdigkeit des Evangeliums und das Kirchesein der Kirche selbst betreffen (in Bonhoeffers Sprache: einen status confessionis darstellen)¹⁸. Damit wird die Verweigerung der Rechte der Palästinenser und die Rechtfertigung dieses Unrechts durch den

14 Vgl. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf und <https://www.progressiveisraelnetwork.org/progressive-israel-network-groups-oppose-codification-of-ihra-working-definition-of-antisemitism-citing-strong-potential-for-misuse/>. Hinzu kommt: Als die deutsche Bundesregierung im September 2017 die Antisemitismusdefinition der IHRA übernahm, erweiterte sie dabei stillschweigend die Kerndefinition um den ersten Satz des Übergangsparagrafen zu den Beispielen: „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten“. Der zweite Satz im IHRA-Text wurde aber bewusst weggelassen: „Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.“ Das heißt, in Deutschland wird die manipulierte IHRA-Definition noch einmal manipuliert, um jede Kritik an Israel sofort als illegitim darzustellen.

15 Vgl. <https://jerusalemdeclaration.org/>.

16 S. https://www.humboldtforum.org/wp-content/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWeltoffenheit.pdf.

17 Vgl. <https://cryforhope.org/>.

18 Vgl. BONHOEFFER, Dietrich: Die Kirche vor der Judenfrage (1933). *DBW 12*. München : Kaiser, 1997, S. 349-58.

Missbrauch der Bibel auf die gleiche Stufe gestellt wie die Apartheid und die pseudotheologische Begründung des Apartheidsystems im früheren Südafrika (vgl. die Erklärung des Lutherischen Weltbundes zur Apartheid als status confessionis 1977 und die Verwerfung der Apartheid als Häresie durch den Reformierten Weltbund 1982).

Diese Grundfrage wird im Schrei nach Hoffnung mit 7 Handlungsforderungen verbunden, deren erste lautet, dass die Kirchen auf allen Ebenen Prozesse der Klärung organisieren sollen, um dann zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Darauf haben inzwischen mehrere Kirchen aus den USA und dem Vereinigten Königreich z.T. in Bekenntnisform geantwortet.¹⁹ Auch diese Beschlüsse waren den AutorInnen bekannt.

- Über den besorgten Blick in den Nahen Osten legt sich der Schatten nicht verstummender, ja unverhohlen demonstrierter Judenfeindschaft hierzulande und weltweit. Mit höchster Sensibilität ist wahrzunehmen, wo alte und neue Formen eines aufflammenden Antisemitismus einerseits und der kritische Blick auf das israelisch-palästinensische Verhältnis andererseits in unzulässiger Weise ineinandergreifen.

Dies ist eine sehr berechtigte Sorge. Gerade die Jerusalem-Erklärung zum Antisemitismus warnt davor, dass die fälschliche Bezeichnung von Kritik am Staat Israel als Antisemitismus den Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus schwächt.

Das vorliegende Papier möchte Impulse setzen für den weiteren Diskurs. Es versteht sich als Standortbestimmung, die in den Fachabteilungen der fünf Landeskirchen in Baden, Hessen-Nassau, der Pfalz, im Rheinland und in Westfalen erarbeitet und von den betreffenden Kirchenleitungen als Grundlage weiterer Gespräche befürwortet wurde.

LEITGEDANKE 1 - WOHER WIR KOMMEN

Bleibend stehen die Kirchen von ihren Ursprüngen her in der Verheißungsgeschichte des ersterwählten Gottesvolkes Israel wie auch in der ökumenischen Gemeinschaft der gesamten Christenheit.

THESE 1/1

Verbundenheit mit dem Judentum

Die Kirche Jesu Christi ist untrennbar verbunden mit dem Judentum. Jesus selbst war Jude, die 'Urgemeinde' um Petrus hat in einem jüdischen Selbstverständnis gelebt und Jesus als den im Judentum verheißenen Messias angesehen. Paulus beschreibt die Beziehung der Kirche zum Judentum mit dem Bild der aufgefropften Zweige auf dem Stamm des Ölbaums. In Jesus Christus sind die Christen mit hineingenommen in die Verheißungsgeschichte Gottes mit seinem Volk, die mit Abraham beginnt und in der Vollendung des Reiches Gottes ihr Ziel hat.

THESE 1/2

Verbundenheit der weltweiten Christenheit untereinander

Die Christen sind mit den verschiedenen christlichen Denominationen weltweit verbunden als Glieder an einem Leib. Aus der einen Urgemeinde rund um die Jünger Jesu haben sich bereits durch die Reisen des Paulus verschiedene Strömungen des Christentums gebildet, die sich im Laufe der nächsten Jahrhunderte in eine Vielzahl von unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen manifestiert haben. Die ökumenische Christenheit in allen ihren verschiedenen Gliedern findet ihre Einheit im Rückbezug auf den gemeinsamen Grund in Jesus Christus. Nach unserem Verständnis impliziert dies den essenziellen Bezug der Kirche auf das Judentum.

In dieser allgemeinen Ausdrucksweise besteht Konsens. Man hätte allenfalls erwähnen können, dass nach Paulus im Messias Jesus gerade der Antagonismus von Juden und Völkern überwunden ist (Gal 3,26-28).

LEITGEDANKE 2 - WORAN WIR FESTHALTEN

Wir erkennen die untrennbare Beziehung des jüdischen Volkes zum Land der Verheißung mit Jerusalem in seiner Mitte an. Auch für Christinnen und Christen ist dieses Land – und eben auch Jerusalem – von besonderer Dignität als Ort göttlicher Selbstkundgabe und Mutterland des christlichen Glaubens. Wir achten die tiefe Verbundenheit auch der palästinensischen Kirchen mit dem Land der Bibel.²⁰

THESE 2/1

Jüdisches Selbstverständnis

Die christliche Kirche erkennt jüdisches Selbstverständnis an. Danach sind im Begriff „Israel“ vier fundamentale Aspekte gegeben: Religion, Volk, Land und in Ableitung davon auch Staat. Diese vier Dimensionen sind nicht voneinander zu trennen, aber auch sorgfältig zu unterscheiden. „Wenn Christen für das Lebensrecht des jüdischen Volkes im Land der Väter eintreten, respektieren sie, dass die Verbindung von Volk und Land für das Judentum unabdingbar ist. Insofern der Staat Israel dafür eine unentbehrliche Sicherungsfunktion hat, bejahen Christen diesen Staat. Insofern der Staat Israel aber ein säkularer Staat in der Völkergemeinschaft ist, unterliegt er hinsichtlich seiner Grenzen und seiner Politik gegenüber nichtjüdischen Bevölkerungsteilen gleichen Kriterien wie alle anderen Staaten auch.“ (EKD-Studie Christen und Juden II, 1991, Seite 57) Wir ringen um einen Weg zwischen einer völligen Profanisierung und einer religiös-fundamentalistischen Überhöhung der Geschichte Israels.

Eine zentrale Rolle in diesem Konsenspapier spielt die theologische Frage des Verhältnisses der Kirchen zum Staat Israel. Die Antworten schillern. Anzuerkennen ist, dass das Papier den Grund dafür ehrlich zugibt: „Wir ringen um einen Weg zwischen einer völligen Profanisierung und einer religiös-fundamentalistischen Überhöhung der Geschichte Israels“.

Auf der einen Seite lesen wir in Anmerkung 2 (hier Anm. 20): „Jedes Insistieren auf einen partikularen Anspruch auf das Land geht fehl, wenn der universale Horizont – jenes 'Heil für alle Menschen' – aus dem Blick gerät. Dieses Land, das eingeschrieben ist in das Grundnarrativ jüdischer Identität, ist auch Mutterland der ökumenischen Christenheit; darüber hinaus gilt Jerusalem auch im Islam als ein Ort, an dem sich Himmel und Erde berühren. Die Partikularität im Landbezug hat von den biblischen Anfängen her eine weitere Dimension bei sich, die universale Öffnung des Landes für die Gemeinschaft aller Völker.“ Dies ist ganz klar biblische Grundauffassung, angefangen von der Verheißung an Abraham in Gen 12, die ausdrücklich darauf zielt, dass in ihm alle Völker gesegnet werden sollen.²¹

*Dieser Fortschritt wird aber in These 2/1 wieder zunichte gemacht. Und hier liegt das Grundproblem der Leitgedanken und der Thesen: Sie behaupten, es gäbe **das** jüdische Selbstverständnis und sie hätten das Recht, dieses zu definieren. Beschränken sie das Judentum nicht aber faktisch auf den Zionismus, und noch dazu auf eine einzige Form desselben, nämlich den gewalttätigen, ohne das zu begründen? Bis zum Holocaust stand die große Mehrheit der Juden dem Zionismus ablehnend gegenüber, ja sah ihn sogar als eine Katastrophe für das Judentum an. Und zunehmend gewinnen Stimmen im Judentum an Gewicht, die nur einen Ausweg aus der Sackgasse der gegenwärtigen Politik sehen, wenn der Staat Israel entzionisiert („unlearning Zionism“) und zu einem demokratischen Staat wird mit gleichen Rechten für alle. Der jüdische Historiker Yakov M. Rabkin hat dafür eine Fülle an Quellen präsentiert, ausgewertet und ins Gespräch mit den politischen Entwicklungen gebracht: „Im Namen der Thora. Die jüdische Opposition gegen den Zionismus“.²² Hier in Kürze seine Ergebnisse:*

20 (Im Orig. Anm. 2) Im Diskurs wird erinnert an die Formulierung der Landeskirche in der Pfalz (1995), die paradigmatisch für viele andere in der Evangelischen Kirche in Deutschland steht: „Durch ihren Herrn Jesus Christus weiß sie (sc. die Landeskirche) sich hineingenommen in die Verheißungsgeschichte Gottes mit seinem auserwählten Volk Israel – zum Heil für alle Menschen. Will heißen: Jedes Insistieren auf einen partikularen Anspruch auf das Land geht fehl, wenn der universale Horizont – jenes „Heil für alle Menschen“ – aus dem Blick gerät. Dieses Land, das eingeschrieben ist in das Grundnarrativ jüdischer Identität, ist auch Mutterland der ökumenischen Christenheit; darüber hinaus gilt Jerusalem auch im Islam als ein Ort, an dem sich Himmel und Erde berühren. Die Partikularität im Landbezug hat von den biblischen Anfängen her eine weitere Dimension bei sich, die universale Öffnung des Landes für die Gemeinschaft aller Völker. Die palästinensischen Kirchen machen sozusagen stellvertretend für die Christenheit diesen universalen Horizont des Landbezugs geltend.

21 Vgl. ISAAC, Munther: *From land to lands, from Eden to the renewed earth: a Christ-centred biblical theology of the promised land*. Carlisle/UK: Langham Monographs, 2015, und ders. *Die andere Seite der Mauer Eine Palästinensische Erzählung von Klage und Hoffnung*. Berlin: Aphorisma, 2021.

22 *Aus der aktualisierten hebräischen Ausgabe übersetzt von Abraham Melzer*. Frankfurt am Main: Westend Verlag

Der Zionismus entstand als Negation des traditionellen Judentums. Zentral war dabei die Änderung des Verhaltens gegenüber Gewalt. Speziell russische Juden sahen ihre Hoffnungen auf Integration in die russische Gesellschaft durch Pogrome zerschlagen. Ähnlich erging es Theodor Herzl in Westeuropa besonders durch den Dreyfus-Prozess. Aus verletzter Würde und dem Gefühl der Scham entstand das Bild des „neuen Juden“, der „wie die anderen Völker“ auf nationale Ehre, Stolz, Nation und Macht setzt. Deshalb gewann der militaristische Zionismus zunehmend die Oberhand und wurde später von Wladimir Jabotinsky auf den Begriff gebracht und seit David Ben Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten des Staates Israel, in die Tat umgesetzt.

Es hatte einen Versuch gegeben, eine andere Form von Zionismus umzusetzen. Die frommen Juden, die Jahrhunderte lang in Palästina mit den Arabern in Frieden zusammengelebt hatten, lehnten den Zionismus strikt ab. Gemeinsam mit arabischen Führern erarbeiteten sie 1924 ein Dokument, in dem die Araber einer jüdischen Masseneinwanderung zustimmten unter der Bedingung, dass diese keine nationalistischen Strukturen aufbauen würden – eine Vorstellung, die etwa dem Zionismus eines Martin Bubers entspricht. Als der Niederländer Jacob de Haan beauftragt wurde, diese Einigung von der britischen Mandatsregierung in London ratifizieren zu lassen, wurde er kurz vor seiner Abreise nach London von einem Agenten der zionistischen paramilitärischen Organisation Haganah ermordet. Das war das Ende der Versuche, einen friedlichen Zionismus in die Tat umzusetzen. Ähnlich erging es dem Grafen Bernadotte, als er 1947/48 die UNO-Beschlüsse in Israel durchführen sollte. Auch er wurde ermordet. Dieser gewalttätige Zionismus ist über die Nakba 1947/48, die Besatzung seit 1967, die Provokation der zweiten Intifada durch Ariel Scharon, den Architekten der Trennmauer, bis hin zu Netanyahu und der religiös zionistisch angeführten neuen Regierung das Leitbild des Staates Israel. Immerhin gab es, wie oben erwähnt, auch den pragmatischen, für Frieden offenen Zionismus – allerdings wieder mit einem Mord beendet. Dazu schreibt Rabkin: „Für seine Rolle im Nahost-Friedensprozess erhielt Rabin 1994 gemeinsam mit Jassir Arafat und Shimon Peres den Friedensnobelpreis, 1995 wurde er von dem Rechtsextremen Yigal Amir ermordet“ (424).

Zunehmend nehmen israelische und Juden aus anderen Ländern solche kritischen Rückfragen aus der Perspektive der Thora wieder auf.²³ Besonders in den USA und in Israel selbst ist eine starke Bewegung in der jüdischen Gemeinschaft weg von der herrschenden Regierungspolitik sichtbar – auch unter Zionisten. Das beweisen viele Veröffentlichungen aus jüngster Zeit.²⁴ In Deutschland steht dafür Rolf Verleger mit seinem Buch „Hundert Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus“.²⁵ Auch die Initiativen „Jüdische Stimme für Gerechtigkeit in Nahost“ und „European Jews for a Just Peace“ wirken in diese Richtung. Es geht ihnen darum, dass den Palästinensern endlich Gerechtigkeit widerfährt aber gleichzeitig der Staat Israel sich nicht selbst zerstört und weiter großen Schaden für Juden und das Judentum weltweit anrichtet. Eins der letzten Zeugnisse dieser Bewusstwerdung unter jüdischen Menschen ist der Offene Brief von 60 18jährigen israelischen Wehrpflichtigen. Darin heißt es: „In reality, the goal of the Israeli military is not to defend itself from hostile militaries, but to exercise control over a civilian population....the Zionist policy of brutal violence towards and expulsion of Palestinians from their homes and lands began in 1948 and has not stopped since. The occupation is also poisoning Israeli society—it is violent, militaristic, oppressive, and chauvinistic. It is our duty to oppose this destructive reality by uniting our struggles and refusing to serve these violent systems—chief among them the military. Our refusal to enlist to the military is not an act of turning our backs on Israeli society. On the contrary, our refusal is an act of taking responsibility over our actions and their repercussions....“²⁶

Sollten die Kirchen an Rhein und Ruhr auch ein christlich-jüdisches Gespräch mit diesen auf

Fiftyfifty, 2020.

23 So z.B. MARX, Rabbinerin Dalia: *Durch das jüdische Jahr*. Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2021, 41ff., die unter Bezug auf das Laubhüttenfest vor „aggressiver Machtausübung“ warnt und an Lev 19,23-24 erinnert. In Chicago hat sich sogar eine jüdische Gemeinde ausdrücklich als anti-zionistisch definiert: https://mondoweiss.net/2022/01/why-anti-zionism-is-core-value-of-congregation-tzedekchicago/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=daily-email-mailpoet

24 Cf. BEINHART, Peter: *The Crisis of Zionism*. New York: Times Books, 2012; BOEHM, Omri: *A future for Israel : beyond the two-state solution*. New York City: New York Review Books, 2020; HALPER, Jeff: *Decolonizing Israel, Liberating Palestine. Zionism, Settler Colonialism, and the Case for One Democratic State*. London: Pluto Press, 2021.

25 Frankfurt/Main: Westend, 2017.

26 <https://mondoweiss.net/2021/01/israeli-high-school-students-refuse-to-join-the-israeli-military-citing-the-continuing-nakba/>

Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit setzenden jüdischen Brüdern und Schwestern beginnen oder wollen sie sich einseitig auf die Seite des gewalttätigen Zionismus schlagen, indem sie diese Frage gar nicht erst aufwerfen und von der jüdisch-israelischen Position sprechen?

THESE 2/2

Palästinensisch-christliches Selbstverständnis

Wir erkennen den Ruf der palästinensischen Christinnen und Christen gemeinsam mit dem ganzen palästinensischen Volk nach ungeschmälertem Lebensrecht und politischer Selbstbestimmung an. Aus einer jahrhundertalten Verbundenheit mit diesem Land heraus fordern sie ihr Recht auf ein Leben in staatlicher Eigenständigkeit. Verbunden im einen Leib Christi nehmen wir Anteil an der fortgesetzten Bedrängnis unserer christlichen Geschwister und leiden mit ihnen, denn 'wo ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit' (1. Kor 12,26).⁴

Welche Taten folgen diesen Worten?

THESE 2/3

Staatliche Souveränität

Wir wissen uns als Christinnen und Christen eng verbunden mit dem Staat Israel, der den meisten Jüdinnen und Juden überall auf der Welt Rückzugsort und Heimat bedeutet. Gleichzeitig unterstützen und stärken wir das Streben der Palästinenserinnen und Palästinenser nach staatlicher Souveränität: geistlich, moralisch, materiell und politisch. Die Perspektive für eine Koexistenz unter der Formel der Zweistaatenlösung in gegenseitiger Achtung und Anerkennung scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Welche politischen Modelle von den Konfliktparteien auch entwickelt werden mögen: Ohne den in der internationalen Staatengemeinschaft weitgehend konsentierten Weg über „die Anerkennung auch der palästinensischen Eigenstaatlichkeit“ (EKiR Synodalbeschluss 2016) wird es keine nachhaltige Konfliktlösung geben können. „Frieden kann es in Israel und Palästina nur geben, wenn das Existenzrecht Israels genauso anerkannt wird wie das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.“ (Aus dem Beschluss der Synode der EKvW, 11/2017 zu „Israel und Palästina“) Bei alledem hören wir die Mahnung aus dem biblischen Wort, dass die Gabe des Landes für alle, die darin wohnen, verknüpft ist mit der Forderung nach Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung.

Die erste Rückfrage lautet: was bedeutet die Aussage „Wir wissen uns als Christinnen und Christen eng verbunden mit dem Staat Israel, der den meisten Jüdinnen und Juden überall auf der Welt Rückzugsort und Heimat bedeutet“? Erstens würden diese Behauptung viele JüdInnen ablehnen. Immerhin wohnen nicht einmal die Hälfte von ihnen im Staat Israel. Zweitens: Bedeutet der Satz, dass es eine Glaubensfrage ist („als Christinnen und Christen“), sich dem Staat Israel verbunden zu wissen? Wie kann es eine Glaubensfrage sein, sich mit einem Staat verbunden zu wissen? Außerdem sagen antizionistische Juden: Weil der Staat Israel allein auf Gewalt setzt, ist er der gefährlichste Ort der Welt für Juden.

Es ist zu begrüßen, dass die Kirchen an Rhein und Ruhr die Rechte der PalästinenserInnen auch anwaltschaftlich-politisch vertreten wollen. Gehört dazu aber nicht eine klare politische Analyse? Spätestens seit der Likud in Israel regiert, war nie eine echte Zweistaatenlösung beabsichtigt. Und Netanyahu hat inzwischen öffentlich gesagt, dass es diese niemals geben wird. Was bedeutet es, dass der Westen und mit ihm die Kirchen an Rhein und Ruhr dennoch nach wie vor behaupten, für eine Zweistaatenlösung einzutreten? Kann es nicht nur heißen, dass man keine entsprechenden Maßnahmen unternehmen will, Israel zu einer Lösung zu bewegen, sondern dass man weiter mit rhetorischen Formulierungen tolerieren will, dass Israel weiterhin Stück für Stück palästinensischen Landes enteignet?

Eine ökonomische und politische Analyse würde zeigen, dass Israel nur deshalb in der Lage ist, die illegale und systematische Unterdrückung des palästinensischen Volkes durchzuhalten und vor allem auch zu finanzieren, weil die USA und die EU – vor allem Deutschland – ihre Unterstützung bedingungslos geben, ohne diese an die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu

binden.²⁷ Müssen dann nicht die Kirchen, wenn sie ihre Anwaltschaft ernst meinen, an die deutsche Regierung herantreten und fordern, das Ausmaß der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Unterstützung und Zusammenarbeit an die Einhaltung der völkerrechtlichen UNO-Beschlüsse und der Charta der Menschenrechte zu binden?

LEITGEDANKE 3 - WAS WIR KRITISCH SEHEN

Angesichts schwindender politischer Kompromissbereitschaft verhärten sich auch hierzulande die Fronten, Gesprächsfäden reißen ab, Verständigungsmöglichkeiten schwinden, Positionen divergieren ins Unüberbrückbare. Der Diskurs um Israel-Palästina wird mehr und mehr zur verbalen Kampfstätte, in der Kontextualisierungen und Differenzierungen keinen Platz mehr haben.

THESE 3/1

Ja zu einem offenen, differenzierten Diskurs.

Ausdrücklich stehen wir für einen Diskurs ohne Denk- und Redeverbote gemäß den Standards einer freien, demokratischen Gesellschaft. In der aufgeheizten gegenwärtigen Debatte bis hinein in unsere politischen Entscheidungsgremien ist auf eine Differenzierung zwischen Antisemitismus einerseits und kritischer Sicht auf die jeweilige Regierungspolitik des Staates Israel andererseits zu bestehen. Wo eine solche Kritik sich antisemitischer Ausdrucksformen bedient, findet sie unseren energischen Widerstand. Zum offenen Diskurs gehört auch ein kritischer Blick auf die Politik der palästinensischen Führungseliten. Dabei wissen wir um das Sehnen der Menschen in Palästina nach Freiheit, Grundrechten, Rechtsstaat und Demokratie. Wir erinnern an Sätze aus den badischen und hessen-nassauischen Antwortbriefen auf das Kairos-Dokument: 'Wo das Völkerrecht durch Handlungen staatlicher Instanzen Israels oder auch Palästinas eindeutig missachtet wird, ist dies uneingeschränkt beim Namen zu nennen.' (EKiBa) 'Ungerechte Strukturen, die die Menschenrechte grundlegend einschränken ..., stehen im Widerspruch zur Botschaft der erbarmenden Liebe Gottes gegenüber allen Menschen und können nicht akzeptiert werden.' (EKHN)

Erneut ist die Differenzierung zwischen Antisemitismus und Kritik am Staat Israel zu begrüßen. Was bedeutet es aber, wenn gleichzeitig damit wieder in Ausgewogenheit die Politik der palästinensischen Führungseliten kritisiert wird, als ginge es um symmetrische Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen? Wäre dann nicht genauer zu untersuchen, wie die bedauerliche Spaltung der palästinensischen Führung zustande gekommen und vom Westen wie Israel zentral mitverursacht wurde?²⁸ 2006 fanden überwachte und absolut demokratische Wahlen in Palästina statt. Weil dem Westen und Israel, die sich Demokratien nennen, ihre Interessen wichtiger waren als die Demokratie, haben sie die Wahl nicht anerkannt, weil die Hamas siegte. Daraus ging die endgültige Spaltung der palästinensischen Führung hervor. Nicht, dass diese nicht wie jede andere Regierung kritisiert werden müsste, aber muss man nicht in die Analyse einbeziehen, dass sie unter militärdiktatorischen Bedingungen handeln und ständig darüber entscheiden muss, wie sie das völkerrechtlich garantierte Widerstandsrecht umsetzt?

THESE 3/2

Nein zu einem umfassenden Boykott Israels

Wir hören den Ruf der Palästinenserinnen und Palästinenser, die uns nach Mitteln fragen, den widerrechtlich erbauten Siedlungen auf dem von Israel besetzten Gebiet entgegenzutreten. Boykottmaßnahmen als legitime gewaltfreie Form eines politischen Widerstandes gegen völkerrechtswidriges Handeln weltweit erkennen wir grundsätzlich an. So ermöglicht die gegenwärtige EU-Rechtsprechung, nach der Waren aus den besetzten Gebieten grundsätzlich einer Kennzeichnungspflicht unterliegen, entsprechende aufentscheidungen. Zugleich lehnen wir einen Totalboykott Israels, wie er aus der BDS-Bewegung gefordert wird, ab (vgl. Stellungnahmen der EKD vom 29.02. und der EKIR vom 06.03.2020), weil er unterschiedslos ein gesamtes Kollektiv trifft und

²⁷ Vgl. LE MORE, Anne: Killing with kindness: funding the demise of a Palestinian state. In: *International Affairs* 81 (5.10. 2005) Nr. 5, S. 981–999.

²⁸ Vgl. Baumgarten, aaO.

jegliche Kooperation mit Israelis ausschließt, was gerade auch jene Kräfte schwächt, die sich in Israel selbst für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen. Diese Ablehnung ist für uns als deutsche Kirchen zudem begründet in der verhängnisvollen Geschichte, die Boykotte gegen Juden in Deutschland haben.

Erneut wird BDS mit fragwürdigen Argumenten abgelehnt. Niemand muss jeden Teil von BDS gut heißen. Viele beschränken sich auf den Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten, also von Firmen, die von der Besatzung profitieren. Die EU verlangt offiziell die Kennzeichnung dieser Waren. Es ist also keineswegs verwerflich, KonsumentInnen zu ermöglichen, solche Waren nicht zu kaufen und dazu aufzurufen. Im Blick auf BDS allgemein sollte als Grundlage der Beurteilung anerkannt werden: BDS fordert nichts anderes als die Einhaltung der UN-Beschlüsse, also des Völkerrechts und der Menschenrechte:

1. *Beendigung der Besatzung und Kolonisierung allen 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer;*
2. *Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung;*
3. *Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.*

*Außerdem handelt es sich u.E. um eine Falschdarstellung, wenn behauptet wird, dass der BDS-Boykott „unterschiedslos ein gesamtes Kollektiv trifft und jegliche Kooperation mit Israelis ausschließt“. Die offizielle Version lautet: „BOYCOTTS involve withdrawing support from Israel's apartheid regime, **complicit** Israeli sporting, cultural and academic institutions, and from all Israeli and international companies engaged in violations of Palestinian human rights.“ Es geht also nur um solche Sport-, Kultur- und akademische Einrichtungen, die direkt den Staat vertreten oder mit ihm direkt oder indirekt verbunden sind.²⁹ Selbst, wenn einzelne Personen der BDS-Bewegung, die keine straff geführte Organisation ist, dies anders sehen mögen, boykottiert die Mehrheit von BDS-UnterstützerInnen nicht z.B. israelische AkademikerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen usw., die in kritischer Unabhängigkeit arbeiten. Dass außerdem die Thesen wieder den Bezug zum Nazi-Boykott herstellen, stellt gewaltfreie Gandhi-Methoden im Blick auf die Durchsetzung internationalen Rechts im Staat Israel auf die gleiche Stufe wie Hitlers Verbrechen gegen das jüdische Volk.*

THESE 3/3

Nein zur Instrumentalisierung von Religion für politische Machtansprüche

Weder Zitate aus heiligen Schriften noch religiöse Traditionen können Entrechtung und Diskriminierung legitimieren oder geopolitische Machtansprüche auf Kosten von Recht und Gerechtigkeit begründen. Dies gilt sowohl für einen biblizistisch begründeten Besitzanspruch auf das Land, wie er unter anderem bei „christlichen Zionisten“ oder israelischen Siedlern anzutreffen ist, als auch für die Reklamation eines exklusiv islamischen Landes z.B. durch die Hamas. Solche Positionen lehnen wir als dialogfeindlich und konfliktverschärfend ab.

Dies sind begrüßenswerte Aussagen. Gerade deshalb folgende Rückfragen: Warum sagen die Kirchen nicht direkt, dass die herrschenden Schichten in Israel genau das tun, was im ersten Satz abgelehnt wird, nämlich mit Hilfe von Bibelzitaten „Entrechtung und Diskriminierung legitimieren oder geopolitische Machtansprüche auf Kosten von Recht und Gerechtigkeit begründen“? Inzwischen spricht die Regierung offiziell vom Westjordanland als Judäa und Samaria und begründet damit den systematisch fortschreitenden Landraub. Warum nennen das die Kirchen nicht beim Namen als politischen Missbrauch der Bibel, wie es der „Schrei nach Hoffnung“ tut, der die Kirchen aufruft, dies zusammen mit der systematischen Entrechtung der PalästinenserInnen als Bekenntnisfrage zu begreifen?

Auch die Ablehnung des christlichen Zionismus ist zu begrüßen. Es ist zu begrüßen, dass die Kirchen damit implizit von dem Synodenbeschluss der Rheinischen Kirche von 1980 abrücken, der feststellte: „Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind“ (Hervorh. Netz). Noch 2020 berief sich die Rheinische Kirche auf jenen Beschluss von 1980, um so

die Ablehnung von Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS) mit der Treue Gottes zu begründen. Wohl gemerkt, es geht hier nicht um Gottes Treue zu seinem ersterwählten Volk, sondern um Gottes angebliche Treue zum Staat Israel. Bei solchen Formulierungen muss man sich vor Augen halten, dass für Palästinenser die Errichtung des Staates Israel Vertreibung und Unrecht bedeutet. Da dies in der Synodenentscheidung als allgemeine Einsicht, und nicht etwa als Meinung oder Glaubensaussage behauptet wird, bedeutet dies, dass danach alle Menschen einsehen müssen, dass die ethnische Säuberung von einer drei Viertel Million PalästinenserInnen und ihre seitherige Flüchtlingsexistenz samt geschehener Massaker und Zerstörung von 530 Dörfern und mehrerer Städte während der Nakba sowie der fortdauernde Landraub, willkürliche Verhaftungen und Folterungen selbst von Kindern alles Zeichen der Treue Gottes sind. Was wären die biblischen Grundlagen für solche „Einsichten“? Was bedeutet hier Jesu Wort, dass die Sanftmütigen das Land erben werden? Und was sagen solche Juden zu diesen Behauptungen, die nicht zu den gewalttätigen Zionisten gehören? Sind die Kirchen bereit, diese Fragen nicht nur implizit anzusprechen wie hier, sondern sie offen und theologisch grundlegend an die Rheinische Kirche und an sich selbst zu stellen?

LEITGEDANKE 4 - WOFÜR WIR EINTRETEN

Wir versammeln uns um die Vision eines unbedrängt und anerkannt lebenden Staates Israel Seite an Seite mit einem freien und souveränen Staat Palästina inmitten eines befriedeten Mittleren Ostens. Die sich gewaltfrei um dieses Ziel bemühen, finden unsere ungeteilte Unterstützung.

Diese Sätze verwundern, angesichts der Tatsache, dass sie das Gegenteil von dem aussagen, was diese Leitgedanken und Thesen vertreten: die Ablehnung gewaltfreien Widerstands gegen Unrecht und Unterdrückung und die prinzipielle Rechtfertigung eines Staats, der einerseits wie jeder Staat Gewalt ausübt, aber in diesem speziellen Fall von seiner Gründung an auf z.T. terroristischer Gewalt beruht und Völkerrecht und Menschenrechte nicht anerkennt, obwohl er diesen seine Existenz verdankt. Was sagen die Kirchen zu diesen naheliegenden Rückfragen?

THESE 4/1

Schalom über Israel

Das Wohlergehen Israels liegt uns am Herzen. Wir bekräftigen erneut unsere Verbundenheit mit Israel und bejahen uneingeschränkt das Existenzrecht des Staates Israel. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck und beten für ein versöhntes Miteinander von jüdischen und palästinensischen Menschen im Heiligen Land in einem gerechten und fairen Frieden für alle. Im Glauben an die Veränderbarkeit von festgefahrenen Verhältnissen setzen wir auf die Unterstützung und Förderung aller Kräfte und Initiativen, die Begegnung ermöglichen und dem Frieden dienen. Das gilt besonders für Gruppen, Einrichtungen und Schulen, die sich der Förderung von Mitmenschlichkeit, Solidarität und gesellschaftlicher Akzeptanz verpflichtet wissen.

Die Existenz Israels beruht auf den UNO-Beschlüssen von 1947 und darum auf dem Völkerrecht. Deshalb wird sie nur gefährdet durch die Missachtung des Völkerrechts. Wäre nicht an dieser Stelle auch die Gefährdung der Existenz des palästinensischen Volkes in Erinnerung zu rufen? Denn nach menschlichem Ermessen ist diese in Gefahr, nicht die des Staates Israel. Es ist erfreulich zu hören, dass die Kirchen „Förderung aller Kräfte und Initiativen (unterstützen), die Begegnung ermöglichen und dem Frieden dienen“. Sind damit auch die nicht-zionistischen Organisationen gemeint wie z.B. in Deutschland die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ oder das „Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern“ (BIP)?

THESE 4/2

Kooperation mit den palästinensischen Kirchen

Das Wohlergehen der Palästinenserinnen und Palästinenser liegt uns gleichermaßen am Herzen. Die evangelischen Landeskirchen an Rhein und Ruhr bekräftigen im Konsens mit den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland die Verbundenheit mit den palästinensischen Geschwistern und halten mit aller Intensität fest an der Kooperation im zivilgesellschaftlichen-sozialdiakonischen Bereich, die seit vielen Jahren und Jahrzehnten gewachsen ist. Wir würdigen die Impulse aus der palästinensischen Theologie und suchen den geschwisterlichen Austausch mit den palästinensischen

Kirchen über die Kontextualität von Theologie, hier wie dort. Wir achten dabei besonders darauf, wo unsere jeweiligen Theologien Gefahr laufen unter neuen Vorzeichen alte Muster der Ablösung und Ersetzung des Gottesvolkes weiterzutragen. Als Kirchen des Wortes suchen wir in jeweils spezifischer Kontextualität Wegweisung primär aus dem biblischen Wort.

Warum heißt es in der Überschrift nicht analog dem vorigen Absatz: „Schalom über die palästinensischen Kirchen“? Durch so kleine stilistische Feinheiten verrät man sehr viel. Das „gleichermaßen“ wird so gleich dementiert. Trotzdem sind die hier genannten Kooperationen zu begrüßen, auch wenn die politische Ebene ausgeklammert wird. Aber wieder wird der palästinensischen Theologie der Vorwurf der Ablösungstheologie gemacht. Dieser Vorwurf beruht schlicht darauf, dass diese die Bibel wie ebenfalls viele Juden nicht zionistisch, sondern ausgerichtet an Thora, Propheten und Jesus liest. Deshalb heißt auch hier die Rückfrage an die Kirchen an Rhein und Ruhr: Beachten sie den Unterschied zwischen zionistischer und nicht-zionistischer Lektüre der Bibel und sind sie auch bereit, mit nicht-zionistischen Juden und Christen die Bibel zu lesen und, wenn denn überzeugende Argumente gefunden werden, auch ihre zionistische Lesart zu ändern? Sollten die deutschen Kirchen und insbesondere ihre Leitungen daran interessiert sein zu wissen, was ein palästinensischer Patriarch und VertreterInnen der Weltchristenheit dazu sagen, ist das Sehen des Films „The People's Patriarch“ und das Hören der Stellungnahmen dazu zu empfehlen.³⁰

THESE 4/3

Forderung nach Gerechtigkeit und Frieden für Israel und Palästina

Wir wollen dazu beitragen, dass Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina wachsen: Wir bekräftigen die Zusage, dialogbereite und versöhnungsaffine Akteure und Initiativen in der Region zu fördern und zu stärken. Wir glauben, dass Gottes Weisung im Kern auf Gerechtigkeit und Frieden aus ist für alle Menschen.

Wie kommt es dann, dass die Kirchen an Rhein und Ruhr nicht eine einzige konkrete politische oder ökonomische Maßnahme vorschlagen, die dazu beitragen könnte, dass Gerechtigkeit für alle Menschen in Palästina/Israel umgesetzt wird?

Wir erwarten von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern auf beiden Seiten Bereitschaft zu Verhandlungen und Offenheit für Kompromisslösungen.⁶ Wir fordern die Beendigung des fortgesetzten Siedlungsbaus und konkrete Bemühungen um ein Ende der Besatzung.

Mit welchen konkreten Druckmitteln wollen die Kirchen das erreichen, da doch offensichtlich ist, dass Israel das gesamte Westjordanland Schritt für Schritt annektieren will – außer vielleicht einige Reservate?

Wir bekräftigen die Erklärung der Evangelischen Mittelostkommission vom 28.5.2020: Jegliche einseitige Annexion zementiert Unrecht und schürt Gewalt.

Welche Taten dagegen schlagen die Kirchen vor?

Wir rufen auf zu klaren Schritten in Richtung politischer Eigenständigkeit Palästinas ebenso wie zur Abkehr von Terror und jedweder Gewalt. Wir fordern alle Beteiligten in der Region dringend auf, die Menschenrechte und die völkerrechtlichen Bestimmungen der internationalen Staatengemeinschaft zu achten.

Welche Taten folgen diesen Worten?

LEITGEDANKE 5 - WAS WIR ERWARTEN

„... dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Psalm 85,11). Die biblisch begründete Hoffnung richtet sich auf Gerechtigkeit und Frieden. In dieser Hoffnung unterstützen wir politische Schritte, die einer Konfliktlösung näherkommen.

THESE 5/1

Höchste Zeit für Gerechtigkeit und Frieden

30 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=-CkiiAlToos>

Der Antwortbrief aus Baden an die Verfasser des Kairos-Dokuments aus dem Jahr 2010 schließt mit Worten, die aus Sicht unserer Kirchen an Aktualität nichts eingebüßt haben. Wir beziehen sie allerdings noch stärker selbstkritisch auf uns als westliche Kirchen mit all unseren Verstrickungen in die globalen Machtstrukturen – diese Worte sind uns gleichermaßen Gruß an die Geschwister wie Bittruf an Gott: „Es ist Zeit für Frieden in Israel und Palästina. Es ist Zeit für ein Nein ohne jedes Ja zu allen Gewalttaten und Rechtsbeugungen auf allen Seiten des Konfliktes.“

Wieso werden hier nicht die konkreten Verstrickungen der westlichen Kirchen, insbesondere in Deutschland genannt? Noch einmal: nur durch die bedingungslose politische Unterstützung und Finanzierung Israels durch den Westen kann dieser Staat die Unterdrückung der PalästinenserInnen umsetzen. Daher sind die Kirchen in diesen Ländern durch ihr Schweigen zu dieser Tatsache direkt mitverantwortlich und mitschuldig.

„THESE 5/2

Schritte der Versöhnung

Christinnen und Christen hören aus dem biblischen Wort: Die Liebe Christi bewegt die Welt zu Versöhnung und Einheit. Das Motto der Weltversammlung 2022 ist biblisch genährte Hoffnung. „Reconciliation“ – „Versöhnung“ meint den Wechsel, den Austausch; Versöhnung wird nur möglich sein über ein gegenseitiges Anteilnehmen und -geben an den je eigenen Perspektiven und den je anderen Narrativen. Auf diesem Weg wird auch „Einheit“ erreichbar sein. Versöhnung beginnt mit der Bereitschaft, sich einzulassen auf die Empfindungen, auf die Verlust- und Leidensgeschichten, aber auch auf die Hoffnungsgeschichten der jeweils anderen. Dafür können und sollen wir als Kirche Foren des Gesprächs und des Austauschs schaffen. Wir wollen solche gesprächsoffenen Initiativen und Bewegungen im Konflikt zwischen Israel und Palästina stärken – zwischen Israel und Palästina, zwischen Juden, Christen und Muslimen. Dafür beten wir, dafür werben wir und dafür arbeiten wir.

Hat nicht Südafrika gezeigt, dass Versöhnung nicht über den ausschließlichen Weg des Austauschs möglich ist? Muss nicht Versöhnung mit Gerechtigkeit und Wahrheit verknüpft sein? Erst als über Widerstand und gewaltfreien Widerstand einschließlich Boykott und Sanktionen Gerechtigkeit und Freiheit für die Unterdrückten erreicht wurde, war dann auch Versöhnung mit Hilfe einer Wahrheitskommission möglich.

Hinter dem Lavieren dieses gesamten Textes wird ein Grundproblem deutlich: Der Mehrheit der Deutschen – nicht nur in den Kirchen – ist überhaupt nicht bewusst, dass wir eine doppelte Schuld(geschichte) haben. Wir haben uns auf die offensichtliche Schuld des Genozids an den Juden konzentriert. Damit beschäftigt, haben wir übersehen, dass dieser Genozid an den Juden auch die Nakba, die Katastrophe für das palästinensische Volk, mit verschuldet hat. Es wurde schon gesagt, dass bis zum deutschen Genozid an den Juden der Zionismus mehrheitlich von jüdischen Menschen abgelehnt wurde. Erst mit diesem Menschheitsverbrechen und seinen Folgen änderte sich das verständlicherweise Schritt für Schritt, weil das Faktum eines Staates die Möglichkeit bot, vor Antisemitismus und Verfolgung dorthin zu emigrieren. Gleichzeitig ließen die Schuldgefühle des Westens diesen die Augen vor der Art und Weise verschließen, mit welchen Methoden dieser Staat zustande kam. Niemand kümmerte sich darum, als Israel schon vor der Staatengründung begann, unter den Augen der Engländer die PalästinenserInnen zu vertreiben, Massaker anzurichten und die palästinensischen Dörfer dem Erdboden gleich zu machen. Das heißt, Deutschland ist historisch gesehen wesentlich mitschuldig an der Katastrophe (nakba) der Palästinenser. Indem es nun außerdem zusammen mit den USA und der EU bedingungslos den status quo nur rhetorisch kritisiert und im übrigen Israel politisch und im großen Stil finanziell unterstützt, ja, sogar militärisch mit ihm zusammenarbeitet, macht es Besatzung und tägliche Menschenrechtsverletzungen möglich und wird so immer tiefer in diese Schuld verstrickt.

Können die deutschen Kirchen vielleicht von Schwesterkirchen wie den US- und englischen lernen, Regierung und Öffentlichkeit aufzufordern, die Zusammenarbeit mit Israel an die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu binden? Dann würden sie ihrer doppelten historischen Verantwortung gerecht – nicht nur um der Menschen in Palästina, sondern gerade auch um der in Israel willen.

Um dies wenigstens anzudeuten, werfen wir zum Schluss einen kurzen Blick auf die bisherigen Antworten von Kirchen auf den „Schrei nach Hoffnung“. Den umfassendsten Beschluss fasste die Vereinigte Kirche Christi in den USA (United Church of Christ/UCC). Wir wählen sie deshalb als Beispiel. Die Erklärung

knüpft in der Einleitung an die Beschlüsse der Kirche seit der über 50 Jahre dauernden Besetzung Palästinas durch Israel an. Sie erinnert an die biblische Botschaft, dass das Land einen universellen Auftrag hat, gebunden an Gerechtigkeit, und verwirft die Akkumulation von Land in den Händen weniger (Jes. 5,8). Sodann zählt sie klar die Fakten seit 70 Jahren mit allen Arten von Gewalt verbundenen Enteignung des palästinensischen Volkes auf, nennt die Flüchtlinge, die illegale Besetzung seit 1967, die negative Rolle der Regierungen der USA und vergleicht die Behandlung der PalästinenserInnen mit der Unterdrückung schwarzer Menschen daheim und den Siedlerkolonialismus in Nordamerika, Australien und Südafrika mit dem der israelischen Kolonisten auf einem Land, das nicht ihnen gehört. Sie benennt die militärische Gewalt, mit der das Land faktisch völkerrechtswidrig annektiert wird.

Sodann stimmt die Erklärung dem Schrei nach Hoffnung zu, dass „es um die Existenz der Kirche, die Integrität des christlichen Glaubens und die Glaubwürdigkeit des Evangeliums geht. Wir erklären, dass die Unterstützung für die Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sei es aktiv oder passiv durch Schweigen, Worte oder Taten Sünde ist. Wir behaupten, dass die christliche Unterstützung des Zionismus als eine Theologie und Ideologie, die das Recht eines Volkes rechtfertigt, einem anderen die Menschenrechte zu verweigern, mit dem christlichen Glauben unvereinbar und ein grober Missbrauch der Bibel ist“.

Die dann folgende Erklärung lehnt sich an die Struktur der Barmer Theologischen Erklärung (1934) gegen den Nationalsozialismus und die Deutschen Christen sowie an das Accra-Bekenntnis gegen den imperialen Kapitalismus (2004) an mit sechs Artikeln: „Wir bekräftigen (affirm)...Wir verwerfen“. Die sechs Punkte sind:

1. Die Unterdrückung des palästinensischen Volkes verstößt gegen Propheten und Evangelium und ist Sünde, das Schweigen dazu ist eine Leugnung des Evangeliums, darum wird die Ansicht verworfen, die Besetzung Palästinas sei ein rein politisches Problem.
2. Die Schöpfung der Erde und die Berufung Israels zielen auf den Segen für alle Völker. Deshalb sind Ideologien wie christlicher Zionismus, Substitutionslehre, Antisemitismus, antiislamische Voreingenommenheit zu verwerfen.
3. Alle in Palästina und Israel lebenden Menschen sind nach dem Bild Gottes geschaffen und haben die gleiche Würde. Darum sind alle einen Bevölkerungsteil diskriminierende Gesetze zu verwerfen, einschließlich derer in Apartheid-Israel.
4. Alle Völker haben ein Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität, darum muss es um gleiche Bürgerrechte, faire und gerechte Aufteilung von Land und Ressourcen unter Einhaltung des Völkerrechts gehen. Deshalb ist Israels Missbrauch der Heiligen Schrift zur Begründung der Annexion palästinensischen Landes mit Hilfe militärischer Macht und der Unterstützung der USA zu verwerfen.
5. Nach Resolution 194 der UNO haben die Flüchtlinge den Anspruch auf Rückkehr oder Kompensation. Zu verwerfen ist die Verweigerung oder Manipulation dieses Rechts.
6. Nach der Verfassung gelten Rede- und Versammlungsfreiheit – auch im Blick auf Kritik an Israel und BDS. Deshalb ist die Kriminalisierung solcher Kritik und Handlungen als antisemitisch zu verwerfen.

Aus diesem Grundbekenntnis folgen dann folgende Handlungen:

- a) Auf die palästinensischen Geschwister hören;
- b) Einsatz für palästinensische Kinder;
- c) Kritische Prüfung unseres Gebrauchs der Schrift;
- d) Eintreten für Redefreiheit;
- e) „In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, den Gesetzen der USA über ausländische Militärhilfe und den Grundsätzen der Menschenrechte Einsatz für die Einstellung der Militärhilfe der USA an Israel, solange bis die palästinensischen Menschen- und Bürgerrechte und die Selbstbestimmung voll verwirklicht und geschützt sind.“
- f) Unterstützung der vollständigen Wiederaufnahme der Zahlungen der USA an das 'Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge'.
- g) Eintreten für die Umsetzung der UNO Resolution 194, d.h. Rückkehr der Flüchtlinge oder Kompensation.

Schließlich wird die Übereinstimmung der Finanzpolitik der Kirche mit diesen Beschlüssen angemahnt,

was sich darauf bezieht, Investitionen aus Firmen zurückzuziehen, die von der illegalen Besetzung profitieren.

Inzwischen sind mehrere Kirchen in England dem Beispiel der UCC in der gleichen Richtung gefolgt: die Methodist Church, die United Reformed Church/URC und die Carlisle Synode der Anglikanischen Kirche. Die Generalsynode der Schwedischen Kirche hat die Kirchenleitung aufgefordert, die Umsetzung des Völkerrechts im Blick auf Apartheid in Israel zu untersuchen. Schon im letzten Jahr hatte die Norwegische Bischofskonferenz den Christlichen Zionismus zurückgewiesen. Eine Berliner Ökumenische Gruppe um Almuth Berger, Heino Falcke, Elisabeth und Konrad Raiser und Gerhard Rein haben an alle Kirchenleitungen in Deutschland geschrieben, auf die Antworten der genannten Kirchen auf den „Schrei“ zu hören, weil die dort behandelten Fragen die kommende Vollversammlung in Karlsruhe mitbestimmen werden.³¹

Zum Schluss ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Bemühungen der kritischen JüdInnen, PalästinenserInnen und dieser Kirchen in die gleiche Richtung weisen, nämlich eine Zukunft für beide Völker in Frieden und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Das entspricht der „Logik der Liebe“ des Kairos Palästina Dokuments der palästinensischen Kirchen, in dem es u.a. heißt:³² „Es ist Gottes Land, und deshalb muss es ein Land der Versöhnung, des Friedens und der Liebe sein. Und das ist auch möglich. Gott hat uns als zwei Völker hierher gestellt, und Gott gibt uns, wenn wir es nur aufrichtig wollen, auch die Kraft, zusammenzuleben und Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, das Land wahrhaft in Gottes Land zu verwandeln. ... Heute bezeugen wir die Kraft der Liebe, anstatt der Rache, eine Kultur des Lebens, anstatt einer Kultur des Todes. ... Die christliche Liebe mahnt uns zum Widerstand gegen die Besetzung. Die Liebe bezwingt jedoch das Böse, indem sie den Weg der Gerechtigkeit einschlägt. ... Es muss sich daher um einen kreativen Widerstand handeln, das heißt, es müssen menschliche Wege gefunden werden, die die Menschlichkeit des Feindes ansprechen. Im Anlitz des Feindes die Würde Gottes zu sehen und im aktiven Widerstand nur solche Positionen zuzulassen, in denen sich diese Vision widerspiegelt, ist der wirksamste Weg, die Unterdrückung zu beenden und den Unterdrückten zu zwingen, von seiner Aggression abzulassen; auf diese Weise kann das erwünschte Ziel erreicht werden: das Land, die Freiheit, die Würde und die Unabhängigkeit wiederzuerlangen. ... Unsere Botschaft an die Juden lautet: Wir haben uns bekämpft und kämpfen auch heute noch gegeneinander, aber wir können auch lieben und miteinander zusammenleben. Wir können unser politisches Leben, in all seiner Komplexität, nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft organisieren, wenn erst einmal die Besetzung beendet und die Gerechtigkeit wiederhergestellt ist.“

Diese Perspektive unterstützt ein Brief, den Erzbischof Tutu 2015 an den Deutschen Evangelischen Kirchentag und den Rat der EKD schrieb:

„Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrückten. Immer ... Bitte schließt euch der ökumenischen Kairos-Bewegung an und fordert öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann.“³³

31 Dieser Text sowie alle genannten kirchlichen Antworten auf den Schrei nach Hoffnung sind abgedruckt in der Broschüre von KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz (ed. U. Duchrow): *Der palästinensische Schrei nach Hoffnung und die Antwort der Kirchen – Auf dem Weg zur ÖRK-Vollversammlung*. Krummhörn-Uttum: 2021.

32 <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/kairos-palestine-document>.

33 Aus: https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2015/10/Tutu_Brief_Palaestina_30.04.2015_deutsch-21.pdf.